

NACHRICHTEN

Militärparade ohne Österreich

PARIS: An der traditionellen Militärparade zum französischen Nationalfeiertag nehmen an diesem Freitag in Paris Soldaten aller EU-Mitgliedsländer teil. Nur die österreichischen Soldaten sind ausgeschlossen. Mit dieser Entscheidung wolle Frankreich die seit Februar praktizierte politische Isolierung Wiens wegen der Regierungsbeteiligung der rechtsgerichteten FPÖ durchsetzen, teilte das französische Außenministerium am Donnerstag in Paris mit. Als weitere Begründung für den Ausschluss Österreichs hiess es, man habe vermeiden wollen, dass die Parade auf dem Pracht-Boulevard Champs Elysées durch Demonstrationen und Proteste gegen Österreich gestört wird. Der österreichische Botschafter in Paris wurde jedoch auf die Zuschauertribüne eingeladen.

Kämpfe und Anschläge in Algerien

ALGIER: Bei neuen Kämpfen und Anschlägen sind in Algerien während der vergangenen Tage 14 Menschen getötet worden. Vermutlich islamische Extremisten erschossen einem Bericht der Zeitung «El Watan» vom Donnerstag zufolge tags zuvor sechs Menschen im Alter zwischen 21 und 25 Jahren, die an einem Strand zelteten. Der Angriff erfolgte nahe der Ortschaft El Bedj, etwa 70 Kilometer westlich von Algier. Bei einem weiteren Angriff am Dienstag errichteten Extremisten nach einem Bericht der Zeitung «Liberté» eine Strassensperre in der Nähe der Stadt Boumerdes, 50 Kilometer östlich der Hauptstadt, und töteten dort vier Soldaten. Bei einem Bombenanschlag auf einen Militärkonvoi wurden nahe der Stadt Tizirt ein Soldat getötet und mehrere weitere verletzt, wie «Liberté» weiter berichtete. Dem Bericht zufolge wurde ein am Sonntag in El Tarf im Osten des Lands entführter Mann tot aufgefunden. Wie die Zeitung «La Tribune» berichtete, töteten Polizisten bei der Suche nach islamischen Kämpfern zwei mutmassliche Extremisten in Tizi-Ouzou, 90 Kilometer östlich von Algier.

Ex-Finanzminister Schleusser gestorben



DÜSSELDORF: Der frühere nordrhein-westfälische Finanzminister Heinz Schleusser ist im Alter von 64 Jahren gestorben. Der SPD-Politiker, der es vom Schlosser zum Finanzminister des bevölkerungsreichsten Bundeslandes brachte, erlag am Mittwochabend in seiner Heimatstadt Oberhausen einem langjährigen Krebsleiden. Bundeskanzler Gerhard Schröder würdigte in einem Beileidsschreiben an die Witwe des Verstorbenen Schleussers lebenslanges Eintreten für mehr soziale Gerechtigkeit und sein grosses Engagement für das Gemeinwohl.

Ruhe nach Ende der Oranier-Märsche

BELFAST: Nach dem Höhepunkt der traditionellen Siegesmärsche des protestantischen Oranier-Ordens und einer vergleichsweise ruhigen Nacht sind am Donnerstag die Hoffnungen auf ein Ende der Gewalt in Nordirland gestiegen. Nach den Strassenschlachten der vergangenen Tage kam es in der Nacht kaum zu Zwischenfällen. Die Polizei erklärte, nach dem Ende der Märsche am Mittwochabend und dem Einbruch der Dunkelheit seien aus den protestantischen Hochburgen keinerlei gewaltsame Zwischenfälle gemeldet worden. Die Oranier in Portadown wollten aber weiter gegen das Marschverbot durch ein katholisches Wohnviertel protestieren, wie die britische Inlandnachrichtenagentur PA meldete.

Annäherung zwischen USA und Vietnam

WASHINGTON: Mehr als 25 Jahre nach Ende des Vietnamkrieges haben sich Washington und Hanoi auf die Aufnahme normaler Handelsbeziehungen geeinigt. Dies sei ein historischer Schritt auf dem Weg zur Aussöhnung der beiden einstigen Feinde, sagte US-Präsident Bill Clinton am Donnerstag nach Unterzeichnung des Abkommens.

Erstes Gespräch unter vier Augen

Barak und Arafat trafen sich in Arafats Unterkunft - Bericht über Einigung auf Landtausch

THURMONT/USA: Zum ersten Mal sind der israelische Ministerpräsident Ehud Barak und der palästinensische Präsident Jassir Arafat in Camp David zu einem Gespräch unter vier Augen zusammengekommen. Beide trafen sich bereits am Mittwochabend in Arafats Unterkunft, wie US-Aussenamtssprecher Richard Boucher am Donnerstag mitteilte.

Nach israelischen Regierungsinformationen kamen sich beide Seiten inzwischen in einem zentralen Verhandlungspunkt näher und einigten sich prinzipiell auf einen Landtausch.

Barak und Arafat waren in Camp David vor dem Treffen in Arafats Blockhaus am Mittwochabend nur in Gegenwart von US-Präsident Bill Clinton zusammengekommen. Über den Inhalt ihrer Unterredung wurde nichts bekannt. Boucher sagte lediglich, sie hätten «harte Themen» über vitale Interessen beider Seiten erörtert. Am Donnerstag verliess Clinton vorübergehend Camp David und liess sich von Aussenminister Madeleine Albright vertreten. Der israelische Kabinettsminister Chaim Ramon erklärte unterdessen in Jerusalem, Barak und Arafat hätten sich im Prinzip auf einen Landtausch geeinigt. Ra-



Nach seinem Treffen mit Palästinenserpräsident Arafat (kleines Bild) informierte Ehud Barak die US-Aussenministerin Madeleine Albright über den Stand der Verhandlungen. (Bild: Keystone)

mon zufolge akzeptierten die palästinensischen Unterhändler einen Plan, wonach grosse jüdische Siedlungen im Westjordanland von Israel annektiert und die Palästinenser dafür mit kleineren Gebieten innerhalb Israels abgefunden werden, die nicht von Juden besiedelt sind.

Nach Auskunft eines arabischen Abgeordneten des israelischen Parlaments soll Israel ausserdem zuge-

stimmt haben, alle jüdischen Siedlungen aus dem Gazastreifen zu entfernen. Der Abgeordnete Ahmed Tibi erklärte, es herrsche Einigung darüber, dass «keine einzige Siedlung im Gazastreifen verbleibt». Eine Quelle für seine Informationen nannte Tibi nicht. Von offizieller Seite wurde seine Darstellung dementiert. «Barak möchte sicherstellen, dass die Mehrheit der

Siedler in ihren Siedlungen unter israelischer Souveränität bleibt», sagte David Sisso, ein Medienberater Baraks.

Clintons Sprecher Joe Lockhart warnte vor übereilten Spekulationen über den Stand der Friedensgespräche. Clinton, Barak und Arafat hatten sich auf eine Nachrichtensperre geeinigt und diese bisher auch eingehalten.

Auch Stoiber geht offenbar auf Distanz zu Kohl

Angst vor Verlust der Wählergunst - Merz fordert von CDU mehr Gelassenheit

BERLIN: Angesichts der öffentlichen Auseinandersetzung um den Umgang mit dem früheren CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl ist jetzt offenbar auch der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber auf Distanz zum Altkanzler gegangen.

Nach Informationen der Berliner Zeitung «BZ» (Donnerstagsausgabe) hat Stoiber auf der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe im Kloster Banz die Debatte als schädlich bezeichnet. Die CSU solle sich da heraushalten und sich darauf beschränken, die gemeinsamen Leistungen der 16 Regierungsjahre herauszustellen. Offenkundiger Hintergrund der Stoiber-Ausserun-

gen ist laut «BZ» die Feststellung des Allensbacher Meinungsforschungsinstituts, dass die CSU im Sog der CDU-Spendenaffäre in der Wählergunst von 61 auf 44 Prozent abgestürzt sei. Allensbach-Chefin Renate Koecher habe in Kloster Banz berichtet, dass die CSU von der Öffentlichkeit für die Spendenaffäre in Sippenhaft genommen werde. Unionsfraktionschef Friedrich Merz rief seine Partei unterdessen zu mehr Gelassenheit im Streit über den Umgang mit Kohl auf. Im Berliner «Tagesspiegel» (Donnerstagsausgabe) bekräftigte Merz zugleich seine Kritik daran, dass Kohl durch das Verschweigen der illegalen Spender «gewissen Spekulationen Tür und Tor» öffne. Auch habe

Kohl, wie viele Leute, die lange im Amt gewesen seien, «gewisse Schwierigkeiten damit, dass er nicht mehr im Amt ist».

Scharfe Kritik übte Merz an dem Bericht des FDP-Politikers Burkhard Hirsch über Aktenschwund und Datenvernichtung im Kanzleramt, der «zunehmend ins Zwielicht» gerate. «Mein Eindruck verdichtet sich, dass Herr Hirsch seinen letzten politischen Kampf gegen Helmut Kohl ausgetobt hat», sagte Merz.

Hirsch wies das im Bonner «Generalanzeiger» zurück. Er habe nach den Vorschriften der Bundesdisziplinarordnung Voruntersuchungen durchgeführt. Kohl unterliege nicht der Bundesdisziplinarordnung und sei nicht Gegenstand

der Ermittlungen gewesen.

Inzwischen ist der CDU-Obmann im Parteipenden-Untersuchungsausschuss, Andreas Schmidt, wegen seiner regelmässigen Treffen mit Kohl auch aus der eigenen Partei kritisiert worden. Der CDU-Politiker Horst Eylmann, früher Vorsitzender des Bundestags-Rechtsausschusses, sagte im Inforadio Berlin-Brandenburg, es könne nicht angehen, dass Ausschussmitglieder immer wieder mit dem wichtigsten Zeugen zusammentreffen. Es wäre gut gewesen, sagte Schmidt von sich aus die Konsequenz gezogen hätte. Besonders erstaunt aber habe ihn Schmidts Ankündigung, dass er sich auch künftig mit Kohl treffen werde.

G-8: Kritik an Stärkung von Milosevics Macht

US-Raketenpläne stossen auf Kritik

MIYAZAKI: Die USA sind mit ihren Plänen zur Errichtung eines nationalen Raketenabwehrsystems (NMD) auch bei den Partnern in der Gruppe der G-8-Staaten in die Kritik geraten.

Der kanadische Aussenminister Lloyd Axworthy erteilte am Donnerstag auf dem Treffen mit seinen Kollegen aus den sieben führenden Industrienationen und Russland (G-8) im japanischen Miyazaki den US-Plänen eine Absage.

Axworthy sagte, es werde alles abgelehnt, was zu einem Ausbau des Atomwaffen- und Raketenarsenals führen könne. Er verwies darauf, dass Russland und China nach eigenen Angaben auf eine Umsetzung der US-Pläne mit der Aufrüstung ihres Arsenalen reagieren würden.

US-Vize-Aussenminister Strobe Talbott bekräftigte, dass die Entscheidung über eine Umsetzung der NMD-Pläne bei Präsident Bill Clinton liege. Clinton werde diese unter anderem von den Kosten des Programms und dessen technischer Realisierbarkeit abhängig machen. Bei ihrem Treffen in Japan haben

die Aussenminister der G-8-Staaten zudem die Verfassungsänderung kritisiert, die Jugoslawiens Präsident Slobodan Milosevic eine weitere Amtsperiode ermöglicht.

Die möglichen Folgen dieser Parlamentsentscheidung seien sehr besorgniserregend, hiess es im Abschlussdokument, das nach zweit-

gigen Gesprächen am Donnerstag im japanischen Miyazaki verabschiedet wurde.

Die sieben grössten westlichen Industriestaaten und Russland riefen Jugoslawien dazu auf, keine neue Eskalation der Gewalt zu provozieren. Das jugoslawische Parlament hatte vergangene Woche eine

Verfassungsänderung beschlossen.

Die Aussenminister bereiteten den Gipfel der Staats- und Regierungschefs der G-8 vor, der kommende Woche im japanischen Okinawa beginnt. Am Treffen wird zum ersten Mal auch Russlands Präsident Wladimir Putin teilnehmen.



Der japanische Aussenminister Yohei Kono begrüsst gestern beim G-8-Treffen in Japan seinen deutschen Amtskollegen Joschka Fischer. (Bild: Keystone)